

Iniciativa Angolana Antimilitarista para os Direitos Humanos
Initiative Angolaise Antimilitariste pour les Droits de l'Homme
Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative
Angolan Anti-Militarism Initiative for Human Rights
I. A. A. D. H.

I
A
A
D
H

c/o Antirassistische Initiative e.V.
Yorckstrasse 59 - D-10965 Berlin - Telefon: (+49-30) 785 72 81 - Fax: (+49-30) 786 99 84
Internet: <http://www.snafu.de/~usp/iaadh.htm> Endereço electrónico: E-mail: usp@berlin.snafu.de

Berlin, den 18.08.1999

PRESEMITTEILUNG
(Bitte um sofortige Veröffentlichung)

Die 19 abgeschobene Angolaner und AngolanerInnen aus Portugal wurden Opfer von staatlicher Verfolgung in Luanda. Seit ihrer Ankunft am 21. Mai 1999 warten sie in Direcção Nacional da Investigação Criminal (DNIC) und im Gefängnislager von VIANA auf eine Verurteilung nach dem angolanischen Militärgesetz (Lei Militar Criminal).

Am 20. 05. waren die Asylersuchen von 19 AngolanerInnen, die sich öffentlich als KriegsdienstverweigerInnen bekannten, strikt abgelehnt worden. Alle 19 Flüchtlinge wurden trotz der Proteste von Menschenrechtsgruppen abgeschoben. Bei ihrer Ankunft am 21. Mai wurden die siebzehn Männer und zwei Frauen von Polizei und Angehöriger der Staatssicherheit Angolas "Seguranca do Estado" direkt am Flughafen von Luanda verhaftet und galten dann für ihre Verwandte wochenlang als verschwunden. (Siehe: unser offener Brief an die portugiesische Regierung und Pressemitteilung vom 25. Juni '99)

Nach intensiven Recherchen wissen wir nun, daß diese abgeschobene KriegsdienstverweigerInnen einerseits in DNIC und andererseits im Gefängnislager von VIANA bei Luanda gefangengehalten werden. Nach einem Bericht der unabhängigen Zeitung "Folha 8" aus Luanda wird diese Tatsache auch von offiziellen Stellen vor Ort bestätigt.

Mit ihrer rücksichtslosen Abschiebep Praxis gegen AngolanerInnen hat die portugiesische Regierung erneut gezeigt, daß es ihr in erster Linie um die Bewahrung von wirtschaftlichen und militärischen Interessen gegenüber den Kriegsparteien Angolas geht. Die Verteidigung von Grundfreiheiten der angolanischen Menschen und deren Schutz vor Unterdrückung, Verfolgung und sonstigen Kriegsverbrechen spielen keine Rolle. Somit sind diese Angolaner und AngolanerInnen nicht nur Opfer einer diskriminierenden Asylpolitik Europas sondern auch von repressiven Maßnahmen und Verfolgung der kriegsverbrecherischen Regierungspartei Angolas geworden.

Die I.A.A.D.H. verurteilt auf schärfste diese Zwangsdeportation von AngolanerInnen aus Lissabon durch die portugiesische und auch durch andere europäische Regierungen wie z.B. Deutschland. Diese Abschiebungen verstoßen einerseits gegen die Genfer Konvention und andererseits gegen die Allgemeinen Menschenrechtserklärung. Deshalb fordern wir:

- **von der angolanischen Regierung** die sofortige Freilassung der Abgeschobenen aus Lissabon und allen anderen KriegsdienstverweigerInnen und Deserteuren, sowie eine generelle Amnestie für alle KriegsgegnerInnen und KritikerInnen;

Außerdem fordern wir von der

- **portugiesischen Regierung**, sich bei ihren ökonomischen und militärischen Bündnispartnern in Luanda einzusetzen, um die angolanische Opfer ihrer inhumanen Politik frei zu bekommen.

Wir appellieren nochmals an internationale Institutionen und Menschenrechtsorganisationen, sich dafür einzusetzen, daß Abschiebungen, Massenabschiebungen und Zwangsdeportationen gestoppt werden und keine Auslieferungen von angolanischen Flüchtlingen und KriegsdienstverweigerInnen in die Hände ihrer Verfolger mehr möglich sind.

Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative - I.A.A.D.H.

*****I.A.A.D.H. is member of "The NGO Coalition for an International Criminal Court" *****

An informal network of Non-Governmental Organizations (NGOs) and individuals working together to support the creation of an effective and just international Criminal Court (ICC). So, the IAADH makes an active commitment to the earliest possible worldwide ratification and entry into force of the Rome Statute of the ICC adopted on July 17, 1998.